

Hinweise zum Datenschutz gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

nachstehend informieren wir Sie gemäß Artikel 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das Rechtsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf sowie über die Ihnen diesbezüglich zustehenden Rechte.

Identität des Verantwortlichen

Amtsleitung des Amtes für Recht, Vergabe und Versicherungen der Landeshauptstadt Düsseldorf
Rathausufer 8
40213 Düsseldorf

Zuständige Abteilung:
30/1 - Zentrale Dienste Telefon 0211.89-91
0211/89-96794
rechtsamt@duesseldorf.de

Zuständiger Datenschutzbeauftragter

Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Landeshauptstadt Düsseldorf
Marktplatz 3
40213 Düsseldorf
Telefon 0211-89.91
E-Mail: datenschutz07@duesseldorf.de

Verarbeitungszwecke, Rechtsgrundlage und berechtigtes Interesse

Die Datenverarbeitung erfolgt zum Zweck der Durchführung der Schöffenwahl / Jugendschöffenwahl.

Der genannte Zweck erfordert insbesondere das Führen einer Akte, die alle maßgeblichen Informationen und Dokumente umfasst, die zur Beurteilung der Sach- und Rechtslage von Bedeutung sind.

Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 c) DS-GVO (rechtliche Verpflichtung) in Verbindung mit §§ 36, 31 – 34 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), §§ 44 – 45 a Deutsches Richtergesetz (DRiG).

Kategorien von personenbezogenen Daten und deren Quellen

Die personenbezogenen Daten, die wir verarbeiten, sind

- Name, ggfs. Geburtsname, Vorname, Wohnanschrift, Kontaktdaten (E-Mail, Telefon), Geburtsdatum, Geburtsort (Gemeinde/Kreis), Staatsangehörigkeit, Beruf (bei Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern im öffentlichen Dienst auch Angabe der Tätigkeit),
- Angabe darüber, ob Sie zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt sind,
- Angabe darüber, ob gegen Sie ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen eines Verbrechens oder einer sonstigen Straftat, derentwegen auf den Verlust des Rechts zur Bekleidung öffentlicher Ehrenämter erkannt werden kann, läuft,
- Angabe darüber, dass Sie über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen
- Angabe darüber, dass Sie nie hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR waren,
- Angabe darüber, dass Sie sich nicht der Insolvenz befinden und keine eidesstattliche Versicherung über Ihr Vermögen abgegeben haben,

- Ggfs. Angabe, ob Sie im Hinblick auf Ihre Gesundheit für das Amt eines Schöffen geeignet sind (z.B. mehrstündige bzw. mehrtägige Hauptverhandlung),
- Sonstige Stellungnahmen oder hier eingereichte Dokumente, z.B. Motivationsdarstellungen/Erfahrungsberichte in den Bewerbungsunterlagen.

Es werden personenbezogene Daten verarbeitet, die wir von Ihnen im Rahmen des Verarbeitungszwecks erhalten, die aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Grundbuch, Presse, Internet) stammen oder die uns von Dritten (z.B. Prozessbevollmächtigten, Gerichten, anderen Behörden) berechtigt übermittelt werden.

Obliegenheit zur Bereitstellung Ihrer Daten

Im Rahmen der Schöffenwahl/Jugendschöffenwahl ist eine Bearbeitung ohne Ihre personenbezogenen Daten nicht möglich.

Empfänger

Innerhalb der Landeshauptstadt Düsseldorf erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer Aufgaben benötigen. Sofern es für die Durchführung der Schöffenwahl / Jugendschöffenwahl und im Rahmen der Prüfung der von Ihnen eingereichten Bewerbung zur Aufnahme in die Vorschlagsliste erforderlich ist, übermitteln wir Ihre Daten an folgende Kategorien von Empfängern: Gemeindevertretung, Schöffenwahlausschuss, Sachverständige / Gutachter, Gerichte, andere Behörden.

Eine Übermittlung an Drittländer oder an internationale Organisationen findet nicht statt.

Dauer der Speicherung

Die Dauer der Speicherung richtet sich danach, wie lange Ihre Daten zur Bearbeitung benötigt werden. Dabei sind unter anderem die gesetzlichen Verjährungsregeln sowie gegebenenfalls gesetzliche Aufbewahrungsfristen zu beachten. Nach Ablauf der danach festzulegenden Aufbewahrungsfrist werden Ihre Daten gelöscht.

Allgemeine Rechte der betroffenen Person

Ihnen stehen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte nach Art. 15 bis 22 DS-GVO zu: Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Recht auf Datenübertragbarkeit.

Recht auf Widerruf einer Einwilligung

Sofern die Datenverarbeitung im Einzelfall auf Ihrer ausdrücklichen Einwilligung beruht, können Sie diese Einwilligung gemäß § 7 Abs. 3 S. 1 DS-GVO jederzeit widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Art. 77 DS-GVO das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Identität und Anschrift der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde lauten:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf
Telefon: 0211 384 24-0
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de